

AB

AB

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte Georg Fürnkranz, Karl Baron, Christian Unger, Wolfgang Irschik, Manfred Hofbauer, MAS, Angela Schütz und mag. Gerald Ebinger betreffend Leihräder, eingebracht in der Spezialdebatte „Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung“ im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2018 am 21. November 2017.

Seit Monaten sorgen die von zwei fernöstlichen Firmen in Wien zusätzlich zu den althergebrachten ‚City-Bikes‘ eingeführten Leihräder für Probleme und Ärger. Dies insbesondere deshalb, weil sie – ähnlich wie Faxis usw. – unter Ausnutzung der sehr liberalen Gesetzeslage bezüglich der Fahrräder in großem Ausmaß öffentlichen Raum in Anspruch nehmen. Dies besonders oft auch in klar unzulässiger Form, insbesondere durch Abstellen der Räder an Stellen (insbesondere auf Gehsteigen), wo dies andere Verkehrsteilnehmer und Fußgänger behindert oder gar gefährdet.

Dies ist keineswegs überraschend, schlechte Erfahrungen dieser Art haben auch andernorts schon zu Überlegungen zur Abschaffung bzw. Einschränkungen derartiger Angebote geführt. Warum man seitens der Stadtregierung dem Treiben dennoch tatenlos zusieht und auch die Möglichkeit, behindernd abgestellte Räder abzuschleppen, nur in marginalem Ausmaß (laut Medienberichten ist die MA 48 erst 18 Mal eingeschritten!) angewandt wird, ist völlig unverständlich.

Mittlerweile kommt auch von Radfahrorganisationen Kritik an den unhaltbaren Zuständen, eine ernstzunehmende Lösung ist dennoch nicht in Sicht.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Die zuständigen Stadträtinnen für „Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung“, „Umwelt und Wiener Stadtwerke“ und „Finanzen, Wirtschaft und Internationales“ werden aufgefordert,

- ein Maßnahmenpaket vorzulegen, das sicherstellt, dass Leihräder - auf welcher Vertriebsbasis immer - nur an legalen Abstellplätzen abgestellt und angeboten werden.
- die Parkraumüberwachung sofort anzuweisen, rigoros bei rechtswidrig abgestellten Fahrrädern eine Abschleppung durch die MA48 auf Kosten der Anbieter zu veranlassen.

- zu prüfen, wie die Inanspruchnahme des öffentlichen Raumes für kommerzielle Fahrraddienste jeglicher Art reguliert werden kann.
- schließlich, sollten sich keine befriedigenden Lösungen im Sinne der obigen Punkte ergeben, das Angebot solcher Dienste in Wien generell zu untersagen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.



 A collection of approximately 12 handwritten signatures in black ink, arranged in a loose grid. The signatures vary in style, with some being more legible than others.

MAGISTRATSDIREKTION
 DER STADT WIEN
 Abgelehnt
 Eing.: 21. NOV. 2017
 PGL-04054-2017/0001-KFP/GAT
 Geschäftsstelle Lar. Jtag, Gemeinderat,
 Landesregierung und Stadtsenat